

## **Inhaltsprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie**

46. Sitzung  
28. November 2024

Beginn: 14.08 Uhr  
Schluss: 17.38 Uhr  
Vorsitz: Sandra Khalatbari (CDU)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### a) **Aktuelle Viertelstunde**

**Franziska Brychey** (LINKE) stellt folgende schriftlich eingereichte Frage ihrer Fraktion:

„Hält der Senat daran fest, dass ein Drittel der Projektmittelförderung, also 850.000 Euro, der Landeszentrale für politische Bildung gestrichen werden soll?“

**Senatorin Katharina Günther-Wünsch** (SenBJF) betont, dazu habe sie bereits gesagt, dass sie diese Kürzung für politisch und fachlich schwer vertretbar halte. Allerdings entstamme die Konsolidierungsliste nicht der Feder ihrer Verwaltung, sondern der Entscheidung der Spitzengruppe der Koalition. Laut Begleitschreiben zu der Liste bestehe der Auftrag, alles zu identifizieren, was gesetzlich und rechtlich nicht möglich sei. Das sehe sie vorrangig als ihren Auftrag an; seit einer Woche arbeite die SenBJF daran. Sollte darüber hinaus Klärungsbedarf festzustellen sein, bedürfe es, ebenfalls laut Schreiben, einer sauberen Gegenfinanzierung. Da einige Maßnahmen der Konsolidierungsliste so nicht zu tragen seien, brauche es jedoch auch hierfür Gegenfinanzierungsvorschläge.

**Franziska Brychey** (LINKE) unterstreicht, dass es ihr um eine inhaltliche, pädagogische Bewertung gehe, ob es wirklich angezeigt sei, bei der Landeszentrale für politische Bildung

Mittel in solchem Umfang zu kürzen. Wenn festgestellt werden sollte, dass die Kürzungen so nicht tragbar seien, wie gestalte sich dann der weitere Verlauf der Beratungen, und wann werde die Landeszentrale informiert? Die betroffenen Beschäftigtenpositionen fielen ansonsten zum 1. Januar 2025 weg.

**Senatorin Katharina Günther-Wünsch** (SenBJF) macht geltend, dass sie mit dem bisher Gesagten bereits eine politische und fachliche Bewertung vorgenommen habe. Zugleich wolle sie darauf hinweisen, dass von den Kürzungen laut Konsolidierungsliste auch die Stadtteilmütter betroffen seien. Die Landeskommision zur Prävention von Kinder- und Familienarmut sei sogar vollständig gestrichen worden. Ebenso seien Jugendhilfe- und Kinderschutzmaßnahmen von Streichungen erfasst. Das sei ein Volumen, das zusätzlich zu den Haushaltsresten, die auf der Liste stünden, umgeschichtet und gefunden werden müsse. – Wie beschrieben, sei schnell identifiziert worden, was rechtlich und technisch nicht gehe. Nun gelte es, zu schauen, wie die Haushaltsreste belegt werden könnten. Jene 28 Mio. Euro zu finden, werde sich schwierig gestalten. – Zu der in der Frage angesprochenen konkreten Kürzungsmaßnahme wolle sie an dieser Stelle nicht näher Stellung nehmen, da sie daneben „mindestens eine Handvoll weitere Maßnahmen“ fachlich anders bewerte. Grundsätzlich sehe sie die Maßnahme genauso kritisch wie ihre Vorrednerin.

**Louis Krüger** (GRÜNE) stellt folgende schriftlich eingereichte Frage seiner Fraktion:

„Welche Maßnahmen ergreift die Bildungssenatorin angesichts der kürzlich vorgestellten Ergebnisse der Studie der Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften der Universität Göttingen, dass Berlins Lehrkräfte durch ihre Arbeit stark belastet und einem höheren Gesundheitsrisiko ausgesetzt sind, und wie will sie der Fürsorgepflicht als Arbeitgeberin gerecht werden?“

**Senatorin Katharina Günther-Wünsch** (SenBJF) weist darauf hin, dass von den in der Studie befragten 2 744 Lehrkräften 7 Prozent an einer Berliner Schule unterrichteten. Etwa jeder Zehnte unter den Befragten bezeichne sich als weniger bzw. gering zufrieden mit seiner Arbeit. 21 Prozent der Befragten schätzten ihre Gesundheit als weniger gut oder schlecht ein. 21 Prozent der befragten Lehrkräfte hätten ein erhöhtes Burn-out-Risiko, 58 Prozent ein moderates. Besonders schlecht empfänden Grundschullehrkräfte ihre gesundheitliche Situation. Die Studie zeige, dass die Gründe für die gefühlte Belastung Zeitdruck, Überstunden, körperliche Anstrengung und große Klassen seien, wenngleich bei den Grundschulen auch Befragte mit eher kleinen Klassen diese als belastend empfunden hätten. Kritisch sehe sie wie auch die zuständige Fachabteilung ihrer Verwaltung, dass die Berliner Zahlen, die die Universität Göttingen erfasst habe, mit Umfragen aus Frankfurt am Main und Sachsen aus den Jahren 2020 und 2022 verglichen würden. Insofern erscheine es fraglich, wie vergleichbar und valide solche Daten seien. Hierbei sei eine gesunde Skepsis angebracht. – 46 Prozent der Lehrkräfte empfänden, dass sie zu viele außerschulische Aufgaben hätten. Überdies empfänden 38 Prozent häufig ein ungesundes Arbeitstempo.

Ihr als zuständiger Senatorin, den Abteilungsleitungen und Schulaufsichten sei die Gesundheit der Berliner Lehrkräfte sehr wichtig, nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels und der hohen Gesamtzahl an Schülerinnen und Schülern. Schon seit etlichen Jahren würden den Lehrkräften unterstützende Maßnahmen angeboten. Das betreffe zunächst das betriebliche Gesundheitsmanagement, konkret gesundheitserhaltende Arbeitsstrukturen, die

Förderung der eigenverantwortlichen Gesundheitskompetenz sowie die Stärkung der physischen und psychischen Ressourcen. Jede Region verfüge über ein Gesundheitskonzept, das evaluiert und fortgeschrieben werde. Zudem gebe es den betriebsmedizinischen Dienst, der in der Charité sitze und allen Beschäftigten zur Betreuung und Beratung zur Verfügung stehe. Ihre Verwaltung selbst biete personenbezogene Maßnahmen zur Stressbewältigung, zur Selbstregulation, zur Resilienz und für die mentale Gesundheit an. Außerdem verfüge ihr Haus über Maßnahmen zur Minimierung von Stress und Beanspruchung wie Teamentwicklung, kollegiale Fallberatung und Supervision, die gut in Anspruch genommen und positiv bewertet werde. Ferner biete ihre Verwaltung Workshops zur wertschätzenden Kommunikation und zum Thema schwierige Elterngespräche an. – In der Fort- und Weiterbildung bestehe ein Schwerpunkt bezüglich gesundheitsgerechter Führung. Das bedeute, dass explizit auch Schulleitungen geschult würden. Zunächst habe nämlich die Schulleitung bzw. das Schulleitungsteam die Verantwortung, ein Gesundheitsmanagement am jeweiligen Standort zu etablieren. Dazu biete ihr Haus gute und ausreichende Fortbildungen an. – Für ältere Lehrkräfte komme die Altersermäßigung im Umfang von bis zu zwei Stunden zum Tragen. Die Arbeitszeitverordnung schaffe darüber hinaus flexible Möglichkeiten zum Abbau der Guthaben auf den Lebensarbeitszeitkonten, etwa in Form von stundenweisen Freistellungen. – Ein Novum in Berlin seien die Fortbildungsmaßnahmen und Beratungsleistungen für Berufseinsteiger. Einer Veranstaltung in diesem Bereich habe sie am Schuljahresbeginn beigewohnt. Die Maßnahmen widmeten sich der Stressbewältigung, der Resilienz und der Achtsamkeit sich selbst gegenüber. – Im Rahmen des allgemeinen Arbeitsschutzes stehe jeder und jedem Beschäftigten der Berliner Schule eine Wunschvorsorge bei dem betriebsärztlichen Dienst zu. Diese umfasse auch eine Beratung durch die Betriebspsychologin.

Die angeführten Maßnahmen verdeutlichten, dass ein Schwerpunkt auf die Qualifikation von Führungspersonal gesetzt werde, damit vor Ort achtsam mit dem Kollegium umgegangen werde. Daneben bestünden etablierte bezirkliche Strukturen, die das Gesundheitsmanagement förderten, evaluierten und fortentwickelten. Auch auf Landesebene gebe es ein Gesundheitsmanagement, außerdem zentrale Dienste, Stichworte: Amtsarzt und betriebspsychologische Beratung. Überdies seien im Bereich der Fort- und Weiterbildung auf allen Ebenen Workshops zum Gesundheitsmanagement etabliert worden, die entsprechend in Anspruch genommen würden.

**Louis Krüger** (GRÜNE) bemerkt, die Senatorin habe den Versuch unternommen, die Ergebnisse der Studie etwas zu relativieren. Gleichzeitig sei bekannt, dass im vergangenen Jahr erstmalig mehr Lehrkräfte gekündigt hätten als in Rente gegangen seien. Wer in den letzten Monaten einen Tag in der Schule verbracht habe, wisse, wie belastet die Lehrkräfte seien. Vor diesem Hintergrund interessiere ihn, inwiefern sich die von der Senatorin angeführten Maßnahmen mit den geplanten Kürzungen – betreffend die Hälfte der Mittel des betrieblichen Gesundheitsmanagements und den kompletten Wegfall der kollegialen Fallberatung SuRe – vertrügen. Gehe damit das Ende jener betrieblichen Gesundheitsmaßnahmen und der Bestrebungen der SenBJF, sich für ihre Beschäftigten einzusetzen, einher?

**Senatorin Katharina Günther-Wünsch** (SenBJF) erwidert, sie nehme an, sie sei in den letzten Monaten ähnlich oft in Schulen – schwierigere Lagen eingeschlossen – gewesen wie ihr Vorredner. Zu den Kürzungen habe sie auf die vorige Frage hin schon einiges dargelegt. Es sollte nicht der Eindruck erweckt werden, dass ihr Haus proaktiv etwas „in den Ring geworfen“ hätte. In dem von ihrem Vorredner angesprochenen Bereich gelte es, zu schauen, wie

trotz der Kürzungen bedarfsgerecht Angebote geschaffen und die Kolleginnen, die besonders belastet seien, erreicht werden könnten. Ihr komme es vor allem auf die Prävention an. Insbesondere sollte für Berufseinsteiger ein Angebot vorgehalten werden.

**Marcel Hopp** (SPD) stellt folgende schriftlich eingereichte Frage seiner Fraktion:

„Nach dem kurzfristigen Stopp der Genehmigung von Klassenfahrten aufgrund des Haushaltsrundschreibens der Finanzverwaltung Anfang Oktober ist nun offenbar klar, dass es keine Kürzungen der für Klassenreisen vorgesehenen Mittel im Haushaltsplan 2025 geben soll. Deshalb frage ich den Senat: Zu welchem Stichtag können Klassenfahrten wieder wie gewohnt beantragt und genehmigt werden?“

**Senatorin Katharina Günther-Wünsch** (SenBJF) stellt heraus, es freue sie, dass trotz der vorhandenen Sparzwänge die Mittel für die Erstattung von Dienstreisekosten hinsichtlich Klassenfahrten in derselben Höhe wie bisher erhalten blieben. Allerdings werde der eingestellte Betrag in Zukunft nicht erhöht; eine Nachsteuerung finde nicht statt. Vor diesem Hintergrund gelte es, den Betrag gleichmäßig auf alle bezirklichen Regionen und Schulformen zu verteilen. In einem Schreiben ihrer Verwaltung an die Schulleitungen, das noch heute herausgehe, werde das künftige Vorgehen erläutert. Die Schulaufsichten würden ebenso noch einmal konkret darüber informiert, wie sich das bezirkliche Budget künftig darstelle. Die Schulen müssten Planungssicherheit haben.

**Marcel Hopp** (SPD) begrüßt, dass eine Dienstreisekostenerstattung für Lehrkräfte weiterhin möglich sei. Wie könne eine gerechte Verteilung gewährleistet werden, insbesondere dann, wenn die Nachfrage groß sei?

**Senatorin Katharina Günther-Wünsch** (SenBJF) erläutert, dass es ein Budget pro Schulkind und pro Schulform geben werde. Damit gingen unter anderem Unterschiede im Volumen zwischen einem Kind an der Grundschule, einem Kind an der weiterführenden Schule und einem Kind an einem Förderzentrum einher. Vereinfacht gesagt, führen Grundschul Kinder eher in das Umland, während Klassen an weiterführenden Schulen größere Entfernungen zurücklegten. – In der Tat sei es abzusehen, dass es zu einer Situation kommen werde, in der es mehr Anträge gebe, als Mittel eingestellt seien. Aus diesem Grund halte ihr Haus die Schulaufsichten an, sich mit den Schulleitungen in ihrem Bezirk ins Benehmen zu setzen, damit gemeinsam Kriterien gefunden würden, welche Klassenfahrten künftig Vorrang hätten. Dem wolle sie angesichts der Verschiedenheit der Bezirke und Standorte und angesichts der Individualität von Motivationen und Entscheidungen, Klassenfahrten durchzuführen, nicht vorgeifen.

**Vorsitzende Sandra Khalatbari** teilt mit, dass sie die beiden folgenden Fragen gleichzeitig aufrufe, da sie dasselbe Thema betreffen.

**Thorsten Weiß** (AfD) stellt folgende schriftlich eingereichte Frage seiner Fraktion:

„Welche ‚Sonderprogramme für schwierige Schüler‘, wie sie die Senatorin nach ihrem Besuch an der Friedrich-Bergius-Schule angekündigt hat, sind geplant, um der (Zitat Brandbrief) ‚bedrohlichen Gewaltbereitschaft und verbalen Übergriffe‘ vor allem der männlichen Schüler und der ‚massiven Verhaltensauffälligkeiten und des un-

gebühlichem, asozialen Unterrichtsverhaltens‘ Herr zu werden, und welche Rolle spielt dabei noch das Konzept des ehemaligen Schulleiters Rudolph?“

**Lars Bocian** (CDU) stellt folgende schriftlich eingereichte Frage seiner Fraktion:

„Am Montag war die Senatorin an der Friedrich-Bergius-Schule zu einem Gespräch vor Ort. Dieses Gespräch wird gut verlaufen sein. Ich frage: Welche konkreten Maßnahmen planen Sie umzusetzen?“

**Senatorin Katharina Günther-Wünsch** (SenBJF) führt aus, dass an dem Gespräch am Montag sämtliche relevanten Akteure – die Schulleitung, Pädagoginnen und Pädagogen der Schule, Elternvertreter, die Schulaufsicht, der Gesamtschülervertreter und Personen aus ihrer Verwaltung – teilgenommen hätten. Im Anschluss an eine Schilderung der Situation vor Ort, die zwar nicht einfach, aber laut Schulleiterin nicht so angespannt sei, wie es in der Öffentlichkeit teils überspitzt dargestellt werde, sei die Runde zügig in einen Austausch über die konkreten Forderungen aus dem Brandbrief eingetreten. Einzelne Maßnahmen würden geprüft, so etwa der erbetene Wachdienst bzw. Pförtner sowie, in Rücksprache mit der Schulaufsicht, die Frage, welche personellen Mittel des Bezirks Tempelhof-Schöneberg genutzt werden könnten, um die Friedrich-Bergius-Schule zu unterstützen. Hinsichtlich dieser beiden Aspekte habe sie vor Ort darauf hingewiesen, dass es sich hierbei nur um temporäre Maßnahmen handeln könne. Ihr Haus habe zur Kenntnis genommen, dass sich das Kollegium der Schule ein Stück weit überfordert fühle mit einer bestimmten Schülerschaft, die herausforderndes Verhalten zeige. Dies habe ihre Verwaltung zum Anlass genommen, in Rücksprache mit der Schulleitung und der Schulaufsicht die Themen produktives Lernen und Praxislernen anzusprechen. Die Schulgemeinschaft werde einen entsprechenden Antrag stellen, den ihr Haus prüfen und wohl auch genehmigen werde. Schülerinnen und Schülern mit herausforderndem Verhalten, die ggf. Probleme mit den Strukturen der Schule hätten, solle auf diese Weise ein alternativer Weg angeboten werden, Stichwort: Anschlussoptionen.

Zur Frage nach der Rolle des Bildes des ehemaligen Schulleiters sei zu sagen, dass es in dem Brandbrief nicht von Relevanz gewesen sei. Sie habe die Schule deshalb besucht, weil diese signalisiert habe, sie habe ein Problem. Ihr komme es in solchen Fällen darauf an, zuzuhören und daraus konkrete Unterstützungs- und Beratungsangebote abzuleiten. Sie hoffe, dass einige Maßnahmen noch im laufenden Kalenderjahr begannen zu wirken. Verabredet worden sei ferner, dass sich ihr Haus einmal im Monat durch die zuständige Schulaufsicht von der Entwicklung an der Friedrich-Bergius-Schule berichten lasse. Außerdem plane sie, im zweiten Schulhalbjahr die Schule erneut zu besuchen, sich dort persönlich ein Bild zu machen und mit den oben genannten Akteuren noch einmal in den Austausch zu kommen. – Abschließend wolle sie betonen, dass es des konstruktiven Zusammenwirkens aller Akteure bedürfe, um die vorhandenen Probleme zu lösen. Nicht hilfreich sei es, wenn alle gegeneinander ausgespielt würden. Sie hoffe, dass die verschiedenen Maßnahmen, darunter auch eine konzeptionelle Neuaufstellung der Schulsozialarbeit in Bezug auf den dafür verantwortlichen Träger an der Friedrich-Bergius-Schule, dazu führten, das Kollegium zu stabilisieren, die eine oder andere Situation zu entschärfen wie auch Sicherheit und Ruhe wieder in die Schulgemeinschaft zu bringen.

**Thorsten Weiß** (AfD) fragt nach, ob der ehemalige Schulleiter vonseiten des Senats oder der Schule zumindest in beratender Funktion hinzugezogen worden sei. Schließlich habe sich die Friedrich-Bergius-Schule unter ihm zu einer Vorzeigeschule entwickelt.

**Senatorin Katharina Günther-Wünsch** (SenBJF) antwortet, dass es dafür keinen Grund gebe. Der angesprochene Schulleiter sei inzwischen pensioniert und habe kein Beschäftigungsverhältnis zum Land Berlin. Überdies habe die Schulgemeinschaft nicht den ausdrücklichen Wunsch geäußert, den ehemaligen Schulleiter hinzuzuziehen. Sowohl die Schulleiterin als auch die stellvertretende Schulleiterin seien schon lange an der Schule tätig und hätten auch unter dem ehemaligen Schulleiter Herrn Rudolph gearbeitet. Folglich seien sie auch mit dem System vertraut, das dieser damals etabliert habe. Obwohl die aktuelle Schulleitung durchaus nicht Abstand davon genommen habe, habe sich die Situation geändert. Die Gründe dafür müssten vor Ort zu suchen sein. Dem müsse mit den besagten Maßnahmen entgegen gewirkt werden.

Der **Ausschuss** schließt die Aktuelle Viertelstunde ab.

#### b) **Bericht aus der Senatsverwaltung**

**Senatorin Katharina Günther-Wünsch** (SenBJF) kommt zunächst auf die Bilanz der kostenlosen Schwimmintensivkurse im Jahr 2024 zu sprechen, die in den Oster-, Sommer- und Herbstferien stattgefunden hätten. Sämtliche Angebote seien ausgebucht gewesen; auch die Wartelisten verdeutlichten den vorhandenen Bedarf. Insgesamt hätten 6 500 Kinder – und erstmalig auch Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I – an den Schwimmintensivkursen teilgenommen, die vom Landessportbund Berlin und der SenBJF in Zusammenarbeit mit dem Berliner Schwimm-Verband und den Berliner Schwimmvereinen angeboten worden seien. Sie bedanke sich für diese reibungslose Kooperation. Die zur Verfügung gestellten Trainer seien überwiegend ehrenamtlich tätig und widmeten, obgleich sie selbst Familien hätten, ihre Zeit während der wertvollen Ferien den Intensivkursen. – Es dürfte Einigkeit darin bestehen, dass Schwimmen eine Grundkompetenz sei. In Berlin existierten viele Seen. Jedes Jahr komme es zu einer Vielzahl von Badeunfällen, von denen einige leider tödlich ausgingen. Gerade vor dem Hintergrund, dass es zunehmend junge Menschen gebe, die nicht schwimmen könnten, freue sie sich darüber, dass die Angebote nun auch Jugendlichen aus der Sekundarstufe I offengestanden hätten.

In der vergangenen Woche habe sie der Ehrung der Jahrgangsbesten der Aus- und Weiterbildungs- sowie Meisterprüfungen der unterschiedlichen Branchen beigewohnt. Da ihr die duale Ausbildung wichtig sei, habe sie sich gefreut, auf der von der IHK ausgerichteten Veranstaltung einige Worte sagen zu dürfen. Die ausgezeichneten jungen Menschen machten deutlich, was die junge Generation entgegen ihrem schlechten Image aktuell leiste und wie stark der Wirtschaftsstandort Berlin sei. Von den insgesamt 6 767 Auszubildenden hätten 58 Personen ihre Prüfung als Jahrgangsbeste bestanden. 466 Personen hätten ihre Weiterbildungsprüfung bestanden, davon 19 als Jahrgangsbeste. Überdies könnten sich 355 Gesellen künftig Meister nennen; 11 Personen von ihnen hätten als Jahrgangsbeste abgeschlossen.

**Staatssekretär Falko Liecke** (SenBJF) berichtet ergänzend, dass zum ersten Mal überhaupt der Kindertagespflege-Preis verliehen worden sei. Die Kindertagespflege, die Mitte der

1970er-Jahre als Idee aus Schweden nach Deutschland gekommen sei, begehe in diesem Jahr ihr 50-jähriges Bestehen. Ihre Bedeutung für die frühkindliche Bildung habe sein Haus würdigen wollen. Die Kindertagespflegemütter und -väter böten gut 5 000 Plätze in Berlin an und bildeten einen wichtigen Bestandteil des Versorgungssystems. Im Rahmen der Verleihung seien drei Kindertagespflegestellen ausgezeichnet worden. Die Kindertagespflege Sarah Bergmann in der Kategorie Alltagsbildung, die Kindertagespflegestelle Seeräubernest in der Kategorie Partizipation und die Kindertagespflegestelle Kleine Wichtel in der Kategorie Sozialraumorientierung hätten ein Preisgeld von jeweils 2 500 Euro erhalten. Die Kindertagespflegestelle des Jahres sei zusätzlich mit 1 000 Euro Preisgeld honoriert worden. Insgesamt sende die SenBJF damit ein sichtbares Signal aus. Er erinnere daran, dass in diesem – und, so hoffe er, auch im kommenden – Jahr 2 Mio. Euro für die Sachkosten- und die Mietkostenpauschale eingestellt worden seien.

Zur Frage, was Datenschutz im Kinderbetreuungskontext bedeute, sei gemeinsam mit der Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit eine Fachveranstaltung für Erzieherinnen und Erzieher abgehalten worden. Zu diesem Fragenkomplex – Stichworte beispielsweise: Anfertigung, Weitergabe und Veröffentlichung von Fotos der Kinder – sei zudem ein Datenschutzwegweiser entwickelt worden, der unter der Adresse „[www.datenschutzwegweiser-kita.de](http://www.datenschutzwegweiser-kita.de)“ zu finden sei und den Erzieherinnen und Erziehern in den Kindertagesstätten wie auch in den Kindertagespflegestellen eine gute Praxisorientierung biete.

**Vorsitzende Sandra Khalatbari** stellt fest, dass keine Fragen zum Bericht des Senats vorlägen. – Punkt 1 b der Tagesordnung sei damit abgeschlossen.

## Punkt 2 der Tagesordnung

### **Wahl des stellvertretenden Schriftführers**

**Vorsitzende Sandra Khalatbari** teilt mit, dass die vorschlagsberechtigte AfD-Fraktion eine Wahlvorlage bezüglich der Wahl des stellvertretenden Schriftführers eingereicht habe. – Sie frage, wen die AfD-Fraktion für diese Position vorschlage.

**Tommy Tabor (AfD)** sagt, er schlage den Abgeordneten Weiß vor.

**Vorsitzende Sandra Khalatbari** hält fest, dass der vorgeschlagene Abgeordnete Weiß durch Nicken sein Einverständnis mit der Kandidatur signalisiert habe. – Ferner stelle sie fest, dass die AfD-Fraktion, wie im Vorfeld angekündigt, die geheime Wahl beantrage.

Der **Ausschuss** führt eine geheime Wahl durch.

**Vorsitzende Sandra Khalatbari** stellt fest, dass der Abgeordnete Weiß nicht zum stellvertretenden Schriftführer gewählt worden sei.

### Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0268](#)  
**Auflösung der Pauschalen Minderausgabe im**  
**Haushalt für Bildung, Jugend, Familie 2024/25**  
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke) BildJugFam
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0225](#)  
**Geplante Kürzungen im EP 10 zur Umsetzung der**  
**Sparvorgabe durch die Pauschale Minderausgabe**  
**(PMA) und Konsequenzen für die Bereiche Bildung,**  
**Jugend und Familie im Haushaltjahr 2024**  
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke) BildJugFam
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0284](#)  
**Auflösung der Pauschalen Minderausgabe im**  
**Haushalt für Bildung, Jugend und Familie 2025**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der  
SPD) BildJugFam

**Louis Krüger** (GRÜNE) legt dar, die Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen hätten den Besprechungspunkt 3 b bereits am 22. Januar 2024 angemeldet. Erst am 19. November habe die Senatskonferenz mit der Ankündigung der Auflösung der pauschalen Minderausgabe – PMA – und dem Haushaltsplan für 2025 stattgefunden. Er erinnere daran, dass die Koalition im Herbst 2023 während der Haushaltsberatungen den Doppelhaushalt 2024/2025 „noch mal ordentlich aufgebläht“ habe, Stichwort: 400 Mio. Euro. Durch die umfangreiche PMA hätten sich die Koalitionsfraktionen selbst und damit auch das Parlament insgesamt entmachtet und dem Senat die Verantwortung für die Auflösung der pauschalen Minderausgabe überlassen. Nun erkläre der Senat, die Verantwortung liege beim Abgeordnetenhaus. Angesichts dessen frage er sich, was die Verwaltung, insbesondere die Hausspitze, in den letzten zehn Monaten in dieser Angelegenheit getan habe. Die Projekte und Träger hätten von den nun getroffenen Festlegungen aus der Presse erfahren. Teilweise hätten nicht einmal die zuständigen Fachreferentinnen und Fachreferenten in der SenBJF Kenntnis von den konkreten Einsparungen gehabt. So gesehen habe es innerhalb der Verwaltung keine Kommunikation zu der entsprechenden Liste gegeben, die im Übrigen unverändert durch den Senat gegangen sei. Wie die Senatorin unter Punkt 1 a der Tagesordnung gesagt habe, werde nur geschaut, was technisch und rechtlich nicht möglich sei, weil der Finanzsenator geschrieben habe, die Fachsenatorinnen und Fachsenatoren sollten sich ansonsten heraushalten. Aus seiner Sicht wäre es die Aufgabe von Frau Günther-Wünsch als fachlich zuständiger Senatorin gewesen, sich in den letzten Monaten bei der Auflösung der PMA einzubringen. Wie ernst nehme die Senatorin ihre Rolle? Ihm erscheine es unklar, inwieweit sie an dem Ganzen beteiligt gewesen sei. Zwar existierten Listen aus der Verwaltung mit Einsparungsvorschlägen, die wohl weitergereicht worden seien, doch erkläre die Senatorin, sie habe damit eigentlich nichts zu tun und sei sehr unzufrieden. Er bitte um Aufklärung, wie sich der Prozess konkret gestaltet habe. Seinem Gefühl nach würden die Berlinerinnen und Berliner im Regen stehen gelassen.

**Franziska Brychey (LINKE)** merkt in Begründung des Punkts 3 b der Tagesordnung an, dass sie das Vorgehen ebenfalls als äußerst unprofessionell empfinde. Schon zum Zeitpunkt der Haushaltsberatungen vor einem Jahr sei klar gewesen, dass 3 Mrd. Euro im Haushalt fehlten. Gleichsam zum letztmöglichen Zeitpunkt, kurz vor Weihnachten, werde nun die Kürzungsliste vorgelegt. Das sei verantwortungslos. Stattdessen hätte von Anfang an priorisiert und gesagt werden müssen, was gehe und was nicht gehe. Das habe die Opposition immer wieder angemahnt. Anders als vonseiten der SPD behauptet, finde sehr wohl ein sozialer Kahlschlag statt, etwa hinsichtlich der Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut, die ersatzlos gestrichen werde. Für die entstandene Verunsicherung in der Stadt trage die Koalition in ihrer Gesamtheit Verantwortung. – Nun finde endlich die mehrfach verschobene Besprechung im Ausschuss statt. Dem Parlament komme in diesem Zuge gleichsam die Aufgabe zu, das aufzuräumen, was Koalition und Senat angerichtet hätten. Beispielsweise sei keinerlei Abstimmung erfolgt; zudem seien wichtige Dinge komplett gestrichen worden. – Vor diesem Hintergrund wolle sie wissen, wie sowohl der Senat als auch die Koalitionsfraktionen mit der Situation umgingen. Wie sehe der Zeitplan aus mit Blick auf die vielen Beschäftigten, die am 1. Januar 2025 voraussichtlich erwerbslos seien?

**Sandra Khalatbari (CDU)** ergreift in Begründung von Punkt 3 c der Tagesordnung als bildungspolitische Sprecherin ihrer Fraktion für die Koalitionsfraktionen das Wort. Der Ausschuss sei der geeignete Ort, um über die vorliegende Streichliste zu debattieren und nähere Informationen zu erfahren. Während die Opposition auf die Vergangenheit zurückgeblickt habe, wolle die Koalition solide in die Zukunft schauen. Aktuell liefen Gespräche über die technischen, rechtlichen und fachlichen Aspekte. Die Senatorin werde dazu gewiss noch etwas sagen. Die Koalitionsfraktionen begleiteten den Prozess bezüglich der Konsolidierungsliste und gäben Vorschläge hinein. Die Koalition im Ganzen sei sich der Verantwortung gemeinsam mit der SenBJF dafür bewusst, was passiert sei und was folgen werde. Der Finanzsenator sage seit längerer Zeit, dass Priorisierungen erfolgen müssten, da man nicht mehr aus dem Vollen schöpfen könne. Dies relativiere durchaus die Vorwürfe, wonach die Projektträger von den Entscheidungen völlig überrascht gewesen seien.

**Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF)** betont, dass der Senat, die Fraktionen und die Parteien Verantwortung für die Konsolidierung des Haushalts übernehmen. Zwar erscheine ein früherer Zeitpunkt bezüglich der Liste diskussionswürdig, jedoch habe der Kommunikationsprozess Zeit beansprucht. Die bisherige Debatte in der laufenden Sitzung zeige, wie heikel, anstrengend und fachlich wie auch politisch schwer es sei, eine Einigung zu erzielen. Die vom Abgeordneten Krüger polemisch angeführten 400 Mio. Euro beschrieben eine andere Dimension als die 3 Mrd. Euro. Die notwendige Konsolidierung stelle eine Korrektur der Haushaltswirtschaft der letzten Jahre dar. Es treffe zu, dass sie nicht mit allem glücklich und zufrieden und auch nicht fachlich von allem überzeugt sei, was sich auf der Konsolidierungsliste befinde. Allerdings sei sie mit Blick auf die Zukunft der Kinder und Jugendlichen in Berlin froh, dass die investiven Mittel – Strukturmaßnahmen, Personal, Schulbau – weitestgehend erhalten geblieben seien. Als Erfolg des langen Diskurses der beteiligten Akteure sei es anzusehen, dass die SenBJF über den Einzelplan 10 lediglich einen Anteil von 6,7 Prozent, was 371 Mio. Euro ausmache, zur Konsolidierung im Gesamtumfang von 3 Mrd. Euro habe beisteuern müssen. Demgegenüber müssten andere Senatsverwaltungen teils Einsparungsbeiträge im zweistelligen Prozentbereich leisten. Insofern sei ihre Verwaltung zwar „noch glimpflich davongekommen“, doch letztlich bedeute eine jede Sparmaßnahme eine schmerzliche Entscheidung.

Von den erwähnten 371 Mio. Euro entfielen 95,6 Mio. Euro auf die Berliner Schulbauoffensive. Die Einsparung sei nötig gewesen, um ein gewisses Volumen zu erreichen und nicht ausschließlich im konsumtiven Bereich zu kürzen. Betroffen seien zwei Schulbaumaßnahmen, deren Mittel noch nicht abgerufen gewesen seien. Dass beide Maßnahmen verschoben worden seien, erscheine gleichwohl als schwierig, zumal in Reinickendorf, wo es um Schulplätze für Kinder mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt geistige Entwicklung gehe. Aus diesem Grund werde unabhängig von der Konsolidierungsliste erörtert, wie der Schulstandort trotz allem schnellstmöglich umgesetzt werden könne.

151 Mio. Euro seien derzeit bei den Personalausgaben hinterlegt. Hierbei habe ihre Verwaltung eine Besonderheit zugestanden bekommen. Wie bisher würden auch in Zukunft alle unbesetzten Stellen im Bereich der SenBJF mit finanziellen Mitteln hinterlegt sein. Diese Mittel seien zwingend erforderlich, damit die Schulen Quer- und Seiteneinsteiger, LovLs und PKB-Kräfte einstellen könnten. Die finanzielle Flexibilität sei demnach für die Kompensation des fehlenden Fachpersonals nötig. Dafür, dass keine faktische Stellenkürzung stattgefunden habe, sei sie sehr dankbar. Vielmehr gebe es einen Sperrvermerk. Ende 2025 werde geschaut, ob es überhaupt nötig sei, Stellen zu kürzen, oder ob es möglich gewesen sei, andere Professionen als grundständig qualifizierte Lehrkräfte an die Schulen zu holen.

125 Mio. Euro berührten Sachmittel, Zuwendungen und Zuschüsse. Hier gelte es, 28 Mio. Euro sogenannte Haushaltsreste zu finden. Anders als von der Opposition dargestellt, habe sie als Senatorin nicht nur ein Augenmerk auf technische und rechtliche Aspekte. Vielmehr habe sie in der Aktuellen Viertelstunde bereits auf Punkte auf der Liste hingewiesen, die sie aus fachlicher Sicht als sehr schwierig einschätze. Der primäre Auftrag bestehe derzeit darin, das, was technisch nicht funktioniere und rechtlich ausgeschlossen sei, schnellstmöglich zu korrigieren. Die übrigen Dinge müsse sie ohnehin im politischen und im parlamentarischen Raum wieder einen und zur Diskussion stellen. Vor allem müssten die 28 Mio. Euro belegt werden. Die auf investive Mittel bezogene Schwerpunktsetzung erfordere eine Debatte darüber, wo, insbesondere bei den Zuwendungen und Zuschüssen, jene Mittel zu finden seien. Sie bitte um eine seriöse und fachlich korrekte Debatte. Es reiche nicht aus, nur zu sagen, was nicht gehe.

**Lars Bocian** (CDU) stimmt der Aussage zu, dass es gelte, nach vorne zu schauen. Gleichwohl wolle er nicht alles, was der Abgeordnete Krüger gesagt habe, so stehen lassen. Bei Antritt der aktuellen Koalition habe der von Finanzsenator Wesener verantwortete Senatsentwurf für den Doppelhaushalt 2024/2025 vorgelegen. Nicht nur dieser, sondern auch die zurückliegenden Haushalte seien kontinuierlich um Milliarden Euro angewachsen. Es sei Geld verplant worden, das gar nicht vorhanden gewesen sei und das der schwarz-rote Senat nun einsparen müsse. An dieser schweren Aufgabe sollte auch die Opposition mitwirken, anstatt unredlich zu sein und Unzutreffendes zu behaupten. Die Auflösung der PMA werde gelingen. Natürlich werde es Einschnitte geben. Wichtig sei, zu einem vernünftigen Haushalt zu kommen, um wieder in Bildung investieren zu können.

**Franziska Brychcy** (LINKE) sagt, dass sie schon Verständnis habe. Es sei klar gewesen, dass die Spielräume enger würden. Insofern hätten die 3 Mrd. Euro bereits im Zuge der Haushaltsaufstellung eingespart werden müssen. – Zum Personal frage sie nach, ob sie es richtig verstehe, dass die Lehrkräftestellen im Volumen von 73 Mio. Euro nicht ersatzlos wegfielen,

sondern die Flexibilität erhalten bleibe und stattdessen zu einem späteren Zeitpunkt eine Prüfung vorgenommen werde. Außerdem wolle sie wissen, ob die Mittel aus dem Jugendgewaltgipfel erhalten blieben, zumal solche Mittel auch der schulbezogenen Jugendsozialarbeit zugutekämen, die nun aber in großem Umfang gekürzt werden solle. – Bei der Streichung der 20 Mio. Euro für den Nachteilsausgleich für Bestandslehrkräfte, die sich nicht verbeamtet lassen könnten oder wollten, handele es sich um eine politische Entscheidung. Warum sei diese so getroffen worden? Ebenso frage sie, ob die Brennpunktzulage für Lehrkräfte tatsächlich gestrichen werden solle. Von den Einsparungen seien unter anderem auch die inklusiven Schwerpunktschulen betroffen. Harte Einschnitte müsse auch die externe psychosoziale Arbeit verkraften: Von 3 Mio. Euro fielen 2,5 Mio. Euro weg. Hinzu kämen etwa eine Halbierung des „Schüler\*innenHaushalt“ und die vollständige Streichung des Projekts „SuRe online – Kollegiale Fallberatung“. Wenn solche kleinen Projekte ersatzlos wegfielen, bedeute das einen Kahlschlag, verglichen mit großen Titeln wie Schulbau oder Personal. Einen guten Ausgleich könne sie nicht erkennen.

**Marianne Burkert-Eulitz** (GRÜNE) gibt an, dass sie vom Ablauf her einige Verständnisfragen habe. Sie bitte um Aufklärung, wer was wie wo gemacht habe. – Bei Amtsantritt der neuen Koalition sei klar gewesen, dass die fetten Jahre vorbei seien. Dass Konsolidierungen notwendig seien, bestreite niemand. Zwar habe der amtierende Senat einen Entwurf der Vorgängerregierung vorgefunden, doch habe sich das Parlament monatelang damit befasst, ohne dass die Koalitionsfraktionen Wert auf eine Konsolidierung gelegt hätten. Vielmehr hätten diese dafür gesorgt, dass mehrere 100 Mio. Euro hinzugekommen seien. Das habe die Koalition mit ihrer Mehrheit dann so beschlossen, einschließlich eines Auftrags an die Verwaltung, die pauschale Minderausgabe aufzulösen. Die Senatorin zeige sich nun überrascht über eine Liste, die die Fraktionsspitzen der Koalition abgestimmt hätten, die sie aber in derselben Form als Senatsbeschluss durchgewinkt habe. Wenn die Senatorin hier davon spreche, dass darin rechtliche Fehler enthalten seien, habe sie einer Vorlage zugestimmt, die rechtlich nicht zulässig sei. Dabei sei die Verwaltung an Recht und Gesetz gebunden. Vor diesem Hintergrund interessiere sie, an welcher Stelle der Prozess angelangt sei. Die Senatorin sage, dass intern an bestimmten Dingen gearbeitet worden sei. Sie selbst – Rednerin – sei jedoch davon ausgegangen, dass der Senat die Arbeit mache, einen Beschluss fasse und den Nachtragshaushalt als Vorlage an das Abgeordnetenhaus übersende, damit die parlamentarischen Beratungen darüber beginnen könnten. – Alles sei „so durcheinander und so komisch“ argumentiert, dass es niemand mehr verstehe.

**Vorsitzende Sandra Khalatbari** weist darauf hin, dass das Ende der dreiminütigen Redezeit erreicht sei.

**Marianne Burkert-Eulitz** (GRÜNE) erklärt, sie wolle wissen, wie die Punkte, die die Senatorin fachlich nicht vertreten wolle, in die Vorlage gelangt seien, zumal sie im Senat zugestimmt habe. In Anbetracht der Tatsache, dass nun das Parlament am Zuge sei, frage sie, wie sich die Senatorin jetzt noch einbringen wolle.

**Louis Krüger** (GRÜNE) bekundet, er wolle die einzelnen Punkte der Konsolidierungsliste einmal näher beleuchten. Dafür sollte sich der Ausschuss Zeit nehmen. – Bezüglich der Öffentlichkeitsarbeit frage er, ob die Prioritäten richtig gesetzt worden seien, wenn in dem entsprechenden Titel nur 300 000 Euro gekürzt worden seien, der Aufwuchs zuvor aber 1 Mio. Euro betragen habe und viele andere Titel von schmerzhaften Einschnitten betroffen

seien. – Bei den erwähnten Haushaltsresten handele es sich eher um eine versteckte neue PMA in Höhe von 28 Mio. Euro. Wie stelle sich die Senatorin deren Auflösung vor? Werde im Januar erneut eine PMA-Debatte geführt? Sei eine vorläufige Haushaltssperre geplant? – Zur Kürzung bzw. Streichung der für die Anpassung und Erweiterung des Fachverfahrens FAMOS ursprünglich eingestellten Mittel in Höhe von 200 000 Euro wolle er wissen, wie diese Entscheidung mit der Aussage im letzten Bericht in Einklang zu bringen sei, wonach es zwingend einer Aktualisierung des Systems bedürfe. Wie verantwortlich sei dieses Vorgehen? – Dieselbe Frage stelle sich mit Blick auf Kürzungen bei den pauschalen Mehrausgaben im Zusammenhang mit gesamtstädtischen Zielvereinbarungen, Stichworte: Qualitätsverbesserung bei der Schulreinigung, Familienservicebüros, Prävention von Jugendgewalt. Welche konkreten Teilansätze seien von der Kürzung im Umfang von 2 Mio. Euro überhaupt betroffen? – Bei den Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betrage die vorgesehene Kürzung 1 Mio. Euro, wovon insbesondere der Teilansatz zum Qualifizierungspaket Quereinstieg betroffen sei. Angesichts der Notwendigkeit, Quereinsteigende zu gewinnen, frage er sich, was das für eine Strategie sei. – Die Kürzung im Bereich der Aus- und Fortbildung in Höhe von 100 000 Euro beziehe sich vermutlich auf die Initiative geschlechtliche und sexuelle Vielfalt – IGSV –, was einen erneuten Angriff auf die queere Bildung in Berlin darstelle. Treffe seine Vermutung zu? – Ferner würden 150 000 Euro bei der Fortbildung zur Stärkung der Diversity-Kompetenz von Lehrkräften gestrichen. Dies zeige, dass Vielfalt keinen Platz im Haushalt habe. – Mit Blick auf die Begabungsförderung von Schülerinnen und Schülern würden 750 000 Euro eingespart, obgleich der Titel zuvor um 500 000 Euro verstärkt worden sei. Insgesamt stünden damit etwa 900 000 Euro zur Verfügung, obwohl der Ist-Wert im letzten Jahr nur 270 000 Euro betragen habe.

**Vorsitzende Sandra Khalatbari** weist darauf hin, dass die dreiminütige Redezeit beendet sei.

**Louis Krüger** (GRÜNE) erwidert, einen Punkt wolle er noch erwähnen. – Die Kürzungen im Bereich der Dienstleistungen in Höhe von 2 Mio. Euro beträfen insbesondere die Fortführung verschiedener Maßnahmen, unter anderem wissenschaftliche Begleituntersuchungen. Hinzu komme eine proportionale Kürzung für alle anderen Ansätze, und zwar 66 Prozent, etwa bei der Klimabildung, bei der Mobilitätserziehung, beim Quereinstieg Ganztage. Alle Träger hätten sich auf Einsparungen im Umfang von 10 Prozent eingestellt. Dass es hier nun 66 Prozent seien oder gar einer kompletten Streichung vorgenommen werde und die Träger dies 40 Tage vor Jahresende erfahren, sei ein Skandal.

**Vorsitzende Sandra Khalatbari** bittet alle noch auf der Redeliste befindlichen Personen, bei ihren Redebeiträgen den Umstand zu berücksichtigen, dass im weiteren Sitzungsverlauf eine wichtige Anhörung stattfinden werde.

**Katrin Seidel** (LINKE) unterstreicht, es sei wichtig, in dieser Besprechung ins Detail zu gehen. Konstruktiv mitwirken, was der Abgeordnete Bocian eingefordert habe, könne die Opposition nur, wenn sie wisse, was die Intention hinter den geplanten Kürzungen sei. Die Liste sei an vielen Stellen zu fachlich, als dass man sagen könne, dass sie durch völlig fachfremde Koalitionsspitzenrunden entstanden sei. Ebenso wenig könne sie sich vorstellen, dass es bis jetzt keinerlei Gespräche mit dem Ziel eines fachlichen Einblicks gegeben habe. An dem verschleppten Verfahren sei vor allem zu kritisieren, dass die Menschen bei den Trägern und in

den Einrichtungen so kurz vor dem Jahreswechsel nicht wüssten, wie es weitergehe, beziehungsweise aus der Presse erfahren hätten, dass es nicht weitergehe.

Von vielen der Kürzungen gehe eine starke Symbolkraft negativer Art aus. Was die Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut angehe, bedeute die vollständige Streichung der Prozessbegleitung und der Mittel für die Bezirke, dass nach einer jahrelangen Aufbauarbeit die Mittel für die weitere Umsetzung fehlten. Das sei mehr als misslich. Ebenso problematisch sei der komplette Wegfall der SIWA-Mittel zur Sanierung von Jugendfreizeiteinrichtungen. Seit vielen Jahren sei auf ebendiese Mittel gewartet worden.

Fragen wolle sie, ob der Zugriff auf die Bundeszuschüsse nach dem Qualitätsentwicklungsgesetz Kindertagesbetreuung in Kapitel 1040 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Familie und frühkindliche Bildung – zu den Dingen zähle, die noch einmal rechtlich geprüft würden.

**Vorsitzende Sandra Khalatbari** weist auf die abgelaufene Redezeit hin.

**Katrin Seidel** (LINKE) kündigt an, dass sie sich noch einmal melden wolle.

**Vorsitzende Sandra Khalatbari** bittet um Berücksichtigung des Umstandes, dass der für die Anhörung unter TOP 4 vorgesehene Anzuhörende Prof. Dr. Wrase ab 16 Uhr nicht mehr digital teilnehmen könne.

**Tonka Wojahn** (GRÜNE) schließt sich der Frage an, ob die Haushaltsreste, die zu Recht als neue PMA bezeichnet worden seien, eine Verlängerung des aktuell laufenden Prozesses bedeuteten oder ob es sich um ein neues Verfahren hinsichtlich Kürzungen handele. Es kursierten Gerüchte, denen zufolge bis zum Sonntag Entscheidungen fielen. Müssten noch mehr Projektträger bangen? – Vor dem Hintergrund einer Ankündigung im Hauptausschuss, wonach es im Anschluss an die Konsolidierungsliste keine haushaltswirtschaftlichen Einschränkungen mehr geben solle, erkundige sie sich, ob die Zuwendungsbescheide nun zeitnah versandt würden. – Was könne darüber hinaus zur Basiskorrektur für die Jugendberufshilfe gesagt werden, was die Gewährleistung der bezirklichen Angebote betreffe? – Außerdem interessiere sie, wie sich die Streichung des allgemeinen Titels, der die Mittel für die tarifliche Vorsorge beinhalte, im Bildungsbereich auswirke. Zwar habe es auch in der Vergangenheit keine auskömmliche Finanzierung gegeben, doch seien dann stets Maßnahmen ergriffen worden, um das aufzufangen. Welche Maßnahmen plane SenBJF bei dem vollständigen Wegfall der Mittel für Tarifanpassungen? – Im Titel 68450 – Förderung der Berufsausbildung –, der den Schulgeldersatz sicherstelle, sei nun der Aufwuchs für das Jahr 2025 gestrichen worden, der zuvor mit der steigenden Nachfrage an den Fachschulen für Sozialpädagogik begründet worden sei. Damit sollte der eklatante Fachkräftemangel bekämpft werden.

**Vorsitzende Sandra Khalatbari** macht auf die abgelaufene Redezeit aufmerksam.

**Tonka Wojahn** (GRÜNE) stellt noch die Frage, aus welchem Grund gerade in diesem Titel gekürzt werden solle.

**Taylan Kurt** (GRÜNE) fragt in Anlehnung an die Abgeordnete Seidel nach, warum ausgerechnet die erwähnte Landeskommission, die für einen erfolgreichen Ansatz stehe, betroffen

sei. Dass irgendwo gekürzt werde, sei klar. Dabei stelle sich etwa die Frage, wer konkret die Kürzungen vorgenommen habe: die Senatorin, die Verwaltung, die parlamentarischen Geschäftsführer? Letztlich stehe die aus zwei Parteien bestehende Koalition dafür. Im konkreten Fall werde die Botschaft vermittelt, dass der Koalition Armut egal sei. – Die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen müssten in der laufenden Debatte zu erkennen geben, was sie als Fachabgeordnete vorhätten und wo sie bei anstehenden Umschichtungen politische Schwerpunkte setzten. Das Thema Kinder- und Familienarmut werde die Koalition noch lange begleiten.

**Vorsitzende Sandra Khalatbari** bittet die folgenden Rednerinnen und Redner, sie mögen in Anbetracht des zuvor Gesagten die drei Minuten Redezeit möglichst nicht voll ausschöpfen.

**Louis Krüger** (GRÜNE) gibt zu bedenken, dass der Senat noch antworten müsse. Das sei bis 16 Uhr nicht zu schaffen.

**Vorsitzende Sandra Khalatbari** stellt klar, dass der Tagesordnungspunkt formal aufgerufen worden sei. Insofern sei es nicht möglich, zwischen zwei verschiedenen Punkten der Tagesordnung hin- und herzuspringen.

**Louis Krüger** (GRÜNE) bekräftigt, die Menschen in Berlin hätten ein Interesse an der Debatte. Gegebenenfalls werde eine Sondersitzung des Ausschusses nötig. – Er mache darauf aufmerksam, dass bei den externen psychosozialen Angeboten für Schulen 2,5 Mio. Euro gestrichen worden seien, obwohl immer mehr junge Menschen unter psychischen Erkrankungen litten. Massive Kürzungen seien auch mit Blick auf die verschiedenen Teilansätze im Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland – vorgenommen worden. Skandalös in den aktuellen Zeiten erscheine etwa die Kürzung in Höhe von 400 000 Euro für das Projekt „Gesicht Zeigen!“ zur Antisemitismusprävention. Obwohl sich die Urania derzeit neu aufstelle, würden ihr 950 000 Euro weniger zur Verfügung gestellt. Wohin solle das führen? Projekten der kulturellen Bildung könnte angesichts von Kürzungen von knapp unter 20 Prozent das Aus drohen. – Weitere Kürzungen im Bereich der Dienstleistungen, betreffend die beruflichen Schulen, WLAN und IT-Administratoren, träfen die Schulen massiv. Ferner solle es zu einer Kürzung der Mittel für das Firmenticket kommen, obgleich der Rahmenvertrag vorschreibe, dass SenBJF eine Servicepauschale zahlen müsse. Möglicherweise falle dies unter die technisch und rechtlich nicht möglichen Maßnahmen. – Was sagten die Personalvertretungen dazu, wenn die Mittel für das Gesundheitsmanagement an den Schulen trotz der Rahmendienstvereinbarung Gesundheit um die Hälfte reduziert würden? – Weitere Beispiele für Kürzungen – Stichworte: Berlin-Challenge, Bonus-Programm, Verfügungsfonds, Nachteilsausgleich für Bestandslehrkräfte, die nicht verbeamtet werden wollten – verdeutlichten, dass das Arbeiten an der Schule immer unattraktiver werde. Auf diese Weise werde sich der Lehrkräftemangel verschärfen, es zu Unterrichtsausfall kommen und die Betreuung von Kindern mit besonderen Bedarfen sich verschlechtern. Dafür trage die Koalition die Verantwortung.

**Marianne Burkert-Eulitz** (GRÜNE) erklärt, sie ziehe ihre Wortmeldung zurück.

**Franziska Brychey** (LINKE) fragt, ob die Kürzungen mit Bezug zum Quereinstieg – Stichwort: QuerBer – fachlich vertretbar seien. – Generell interessiere sie, wie die Senatsverwaltung mit den von Kürzungen und Streichungen betroffenen Trägern umgehe und ob sie mit

ihnen in Kontakt stehe, um das Verfahren zu erläutern. – Von den Kürzungen betroffen seien auch die Ferienschulen und die Willkommensklassen, ebenso das Praxislernen und das produktive Lernen – IPLE –. Wie werde damit, auch mit Blick auf den Übergang in den Beruf einschließlich der berufssprachlichen Förderung, umgegangen? – Gebe es allgemein eine Verständigung innerhalb der Koalition, was die Mittel gegen Jugendgewalt angehe? Jene Mittel seien wichtig und hülfe vor Ort. – Die Mittel für den Ganztags seien von einer umfangreicheren Kürzung betroffen. – Wie verhalte es sich mit den bezirklichen Gartenarbeitsschulen? Seien deren Betrieb personell gewährleistet?

Zum weiteren Verfahren wolle sie wissen, wie es weitergehe. Wann gehe der Ausschuss die einzelnen Titel durch, und wann könnten die Fraktionen Änderungsanträge stellen?

**Katrin Seidel** (LINKE) stellt die Frage, ob die vorliegende Liste nächste Woche hinfällig sei, weil alles noch einmal neu diskutiert werde. – Den Fragen zu den Haushaltsresten schließe sie sich an. – Was sei hinsichtlich der Tarifmittelvorsorge für Zuwendungsempfänger geplant? Inwiefern habe das Minus in Höhe von 50 Mio. Euro im Einzelplan 29 – Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten – Auswirkungen auf die Bereiche Kinder, Jugend und Familie? – Außerdem interessiere sie, weshalb das Landesprogramm Stadtteilmütter um 2 Mio. Euro und die Zuschüsse für freie Jugendarbeit um 1 Mio. Euro bezüglich der Jugendverbandsarbeit und um 1,6 Mio. Euro für die interkulturelle queere Jugendarbeit sowie weitere Teilansätze, etwa der KinderKulturMonat, im Umfang von insgesamt 2,4 Mio. Euro gekürzt würden. Selbige Frage stelle sich auch mit Blick auf den Titel 68435 – Sonstige Zuschüsse für die freie Jugendhilfe –, dessen Ansatz um 2,2 Mio. Euro reduziert worden sei. – Viele andere, scheinbar kleine Posten lasse sie aus Zeitgründen unerwähnt. Für kleine Träger hätten auch kleine Summen große Auswirkungen.

**Dr. Maja Lasić** (SPD) räumt ein, dass es den Koalitionsfraktionen momentan schwerfalle, sich an der Debatte zu beteiligen, da im Nachgang des Senatsbeschlusses die Hochphase der internen Verhandlungen laufe. Daher wolle sie an dieser Stelle lediglich auf wenige Punkte erklärend eingehen. Die Haushaltsreste lasteten schwer auf den Verhandlern, da die 28 Mio. Euro neben der ohnehin aufzulösenden dezentralen PMA in Höhe von etwa 10 Mio. Euro aufzulösen seien. Diese Hypotheken erschwerten es zusätzlich, politische Veränderungen vorzunehmen, zumal bereits viel gekürzt worden sei. Die Haushaltsreste seien vergleichbar mit einer dezentralen PMA, die belegt werden müsse.

Zu Wort gemeldet habe sie sich aber, um die Bemerkung des Abgeordneten Krüger, abgesehen von vielen fachlich angebrachten Anmerkungen, zum Bonus-Programm und anderen Maßnahmen zurückzuweisen. Ein Blick in die Ist-Listen genüge, um zu sehen, dass einige der Kürzungen keine echten Kürzungen seien, sondern nur die Nutzung nicht ausgeschöpfter Mittel, basierend auf Erfahrungswerten der vergangenen Jahre, darstellten. Was den Verfügungsfonds, die Berlin-Challenge oder auch das Bonus-Programm angehe, habe die Koalition ausschließlich auf Mittel zurückgegriffen, die von den Schulen nicht verwendet worden seien. So habe das auch die Vorgängerkoalition gehandhabt.

Was andere Aspekte betreffe, sehe nicht nur SenBJF und die CDU-Fraktion, sondern auch ihre eigene Fraktion einige Punkte kritisch und hoffe auf Korrekturen in kleinerem oder größerem Umfang. – Bezogen auf die Schulsozialarbeit werde nicht gekürzt, sondern der geplante Aufwuchs zurückgenommen. Zwar sei auch das schmerzhaft, doch sei damit keine Strei-

chung echter Stellen verbunden. Bei allem Verständnis für die notwendige Oppositionsarbeit müsse unterschieden werden zwischen handwerklichen Korrekturen und echten politischen Eingriffen. Sie bitte darum, sich auf Letzteres zu konzentrieren und nicht beides miteinander zu vermengen. In der Öffentlichkeit könne niemand die beiden Aspekte voneinander unterscheiden.

**Vorsitzende Sandra Khalatbari** nimmt die entsprechende Frage der Abgeordneten Brychcy zum Anlass, um darüber zu informieren, dass eine Lesung des Nachtragshaushalts im Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie nicht vorgesehen sei; eine Beratung finde nur im Hauptausschuss statt.

**Senatorin Katharina Günther-Wünsch** (SenBJF) bemerkt einleitend, sie danke der Abgeordneten Dr. Lasić für die einordnenden Ausführungen, sowohl hinsichtlich des wünschenswerten Schwerpunkts der Debatten als auch in Bezug auf die Schulsozialarbeit. – Die Einschätzung, die die Abgeordnete Brychcy mit Blick auf das Personal vorgenommen habe, treffe zu. Gleiches gelte für die Äußerungen der Abgeordneten Seidel bezüglich des Kitaqualitätsgesetzes; ein Zugriff auf Mittel aus dem Bundesprogramm sei nicht möglich.

In Hinblick auf den Jugendgewaltgipfel werde derzeit geprüft, welche Maßnahmen auf der Landes- und welche auf der Bezirksebene zu verorten seien und um welche Projekte genau es sich dabei handele. Ihr Haus habe intensiven Gesprächsbedarf. Frau Dr. Lasić habe bereits auf die internen Beratungen verwiesen.

Ähnliches gelte für die bereits thematisierte Landeskommision. Sie habe ein Interesse an deren Erhalt. Dies habe sie kürzlich auch vor den versammelten Fachkolleginnen und Fachkollegen geäußert. In einem Bundesland, in dem jedes vierte Kind von Armut betroffen sei, hielte sie es für inakzeptabel, dort über Kürzungen zu sprechen. In der Folge müsse das Geld aber an anderer Stelle eingespart werden.

Die für den Einzelplan 11 – Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – getroffene Entscheidung bezüglich der tariflichen Vorsorge bedauere sie. Von den in Rede stehenden 50 Mio. Euro partizipiere SenBJF in der Regel in einer Größenordnung von etwa 10 Mio. Euro. Zunächst müsse ihr Haus die tarifliche Vorsorge im eigenen Einzelplan decken und könne erst dann darauf zurückgreifen; so sei es in der Vergangenheit gehandhabt worden. In den internen Debatten müsse nun die Entscheidung getroffen werden, ob dies eine Angebotsreduzierung oder eine noch höhere PMA, die ihrerseits eine Kürzung an anderer Stelle bedeute, nach sich ziehe. Das sei eine schwierige Abwägungsfrage.

Das Beispiel der Fort- und Weiterbildung verdeutliche, dass es darauf ankomme, zwischen technischen Korrekturen und politischen Eingriffen zu unterscheiden. Viele der angesprochenen Maßnahmen wie IPLE würden in das neue Landesinstitut überführt werden. – Bei dem Nachteilsausgleich müsse differenziert werden. Die Kompensation bleibe für diejenigen erhalten, die aus Alters- oder gesundheitlichen Gründen nicht verbeamtet werden könnten. Die Summe von 20 Mio. Euro, die eingespart werden solle, betreffe die Lehrkräfte, die nicht verbeamtet werden wollten. Kein anderes Bundesland gewähre in diesem Fall einen Nachteilsausgleich. In Zeiten der Konsolidierung könne sich Berlin eine derartige Sonderausgabe nicht leisten. – Die angesprochene Brennpunktzulage für Lehrkräfte sei aus unterschiedlichen Perspektiven kritisch zu bewerten. Die Brennpunktzulage für die Erzieherinnen und Erzieher sei

in der Tat rückabgewickelt worden, da sie rechtlich nicht haltbar gewesen sei. Daraus sei die Ungerechtigkeit entstanden, dass der Wegfall der Zulage ausgerechnet diejenigen Kolleginnen und Kollegen getroffen habe, die nicht nach E 13 bezahlt würden. Schwerer wiege jedoch, dass die Evaluation der Brennpunktzulage gezeigt habe, dass sie ihre Wirksamkeit verfehlt habe. Die intendierten Ziele – mehr Personal, stabilere Personalquoten, geringere Krankenstände – seien nicht erreicht worden. Der monetäre Anreiz sei fehlgeschlagen. Unbenommen davon müsse geprüft werden, wie das pädagogische Personal an Schulen in besonders herausfordernder und schwieriger Lage durch Maßnahmen der Entlastung gehalten werden könne.

**Staatssekretär Dr. Torsten Kühne** (SenBJF) kommt ergänzend auf die Landesprogramme der Maßnahmengruppen 02 bis 06 zu sprechen, die in Kapitel 1012 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen – zu finden seien. Die Analyse des Ist-Abschlusses 2023 habe gezeigt, dass im letzten Jahr rund 10 Mio. Euro der insgesamt zur Verfügung stehenden 39,7 Mio. Euro nicht abgeflossen seien, ohne dass seine Verwaltung bewusst auf die Bremse getreten sei. Die Summe von 7 Mio. Euro, die nun auf der Konsolidierungsliste stehe, sei immer noch geringer als der Wert der nicht abgerufenen Mittel. Darüber hinaus sei zu beachten, dass gerade das Bonus-Programm, zum Teil auch die Berlin-Challenge von der Kofinanzierung durch das Startchancen-Programm profitierten. Im System sei demnach mehr Geld vorhanden. Wenn der Digitalpakt Schule fortgesetzt werden sollte, könnten auch die IT-Wartung und die mobilen Endgeräte mit Bundesmitteln gehebelt werden. – Hinsichtlich des erwähnten Fachverfahrens FAMOS habe der aktuelle Maßnahmencheck der zahlreichen Fachverfahren ergeben, dass krankheitsbedingte Ausfälle der zuständigen Personen eine Verzögerung in der Planung und Vorbereitung der Aktualisierung von FAMOS bewirkt hätten. Folglich wäre die Wahrscheinlichkeit, dass die Mittel im Jahr 2025 abfließen, eher niedrig gewesen.

**Vorsitzende Sandra Khalatbari** stellt in Aussicht, dass die Besprechungen zu den Punkten 3 a, 3 b und 3 c der Tagesordnung abgeschlossen werden könnten.

**Louis Krüger** (GRÜNE) beantragt die Vertagung. Es seien noch Punkte offen. Gegebenenfalls werde auch eine aktualisierte Liste vorgelegt. Seine Fraktion behalte sich zudem vor, dazu eine Sondersitzung zu beantragen.

**Vorsitzende Sandra Khalatbari** hält fest, dass der Ausschuss so verfahren werde.

#### Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Sozial gerechte Finanzierung von Schulen in freier  
Trägerschaft**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der  
SPD)

[0169](#)  
BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion

Drucksache 19/0194

**Vollkostenmodell für die freien Schulen und faire  
Teilhabe an allen Landesförderprogrammen,  
Wartefrist verkürzen und nachträgliche  
Kostenbeteiligung nach erfolgreicher Wartefrist –  
Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes**

[0050](#)

BildJugFam

Haupt

**Vorsitzende Sandra Khalatbari** gibt bekannt, dass dem Ausschuss die Stellungnahme des Senats gemäß § 43 Absatz 1 GGO II vorliege. – Sie stelle fest, dass die antragstellende Fraktion auf die Begründung des Antrags verzichte.

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, dem Plenum möge über den Hauptausschuss empfohlen werden, den Antrag Drucksache 19/0194 abzulehnen.

Punkt 6 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.